

DAS NEUE WIRTSCHAFTSSYSTEM DER TSCHECHOSLOWAKEI

Von Kurt Wessely

Das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut (Wien) veranstaltete vom 28. September bis 1. Oktober 1965 in Gösing, Niederösterreich, eine internationale Wirtschaftstagung unter dem Generalthema „Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum“, an der sich rund 40 Nationalökonominnen und Mitglieder von Planungsämtern beteiligten. Ein Drittel der Teilnehmer kam aus den Oststaaten, darunter vier aus der Tschechoslowakei, nämlich Prof. Dr. Ota Šik, Direktor des ökonomischen Institutes der Akademie der Wissenschaften, ferner die beiden Mitarbeiter des gleichen Institutes, Dr. Karl Suchan, Kandidat der ökonomischen Wissenschaften, und Dr. Bedřich Levčik und aus Preßburg Dr. Andrej Lantay (Ökonomisches Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften). Ferner nahmen an der Tagung Wissenschaftler aus Ungarn, Polen und aus Jugoslawien teil.

Die nach Gösing geladenen westlichen Nationalökonominnen gewannen sowohl durch die ausführlichen Referate, die anschließende, breite Diskussion und durch zwanglose Gespräche mit den Fachleuten aus dem Osten ein klares Bild über den gegenwärtigen Stand der Wirtschaftsforschung, die Probleme, mit denen sie sich zu beschäftigen hat, und die wirtschaftlichen Reformvorschläge in den Oststaaten.

Dabei ergab sich als Gesamteindruck und als wichtigstes Ergebnis dieser Tagung, daß man sich in den Oststaaten erfolgreich von der Vorstellung befreit hat, man müsse sich in allem und jedem nach dem sowjetischen Vorbild richten, umsomehr, als auch in der Sowjetunion die Dinge in Fluß geraten sind. Aber während man sich dort, ebenso wie in Mitteldeutschland und teilweise auch in Polen, darauf beschränken möchte, durch Einführung einzelner neuer Mittel der Wirtschaftslenkung, neuen Wein in alte Schläuche zu gießen, setzt man in der Tschechoslowakei und mit einiger Zurückhaltung auch in Ungarn, zu einem Frontalangriff auf die dogmatisch erstarrten wirtschaftlichen Anschauungen an.

Es geht dabei um nichts weniger als um die Entthronung des Dogmas, daß die Wirtschaft eines sozialistischen Staates nur zentral geplant und nur durch administrative Methoden geleitet werden muß. Dies haben zwar die Jugoslawen bereits vor Jahren gepredigt, sie blieben aber zunächst allein und wurden als „Reformisten“ verketzert. Die neuen Auffassungen, die in der Tschechoslowakei vertreten werden, sind zwar keine Kopien der jugoslawischen Wirtschaftsordnung — eine ihrer Säulen, die Arbeiterselbstverwaltung, wird nach wie vor konsequent abgelehnt —, übernehmen aber weitgehend

jugoslawisches Gedankengut. Unverkennbar ist es aber auch, daß ökonomische Schriften des Westens, vor allem die anglo-amerikanische Literatur, studiert wurden und daß die „Planification“ in allen ihren Stufen starke Beachtung findet und, wie nicht anders zu erwarten, auch überbewertet wird. Die soziale Marktwirtschaft westdeutscher Prägung tritt dagegen weit zurück.

Die Tagung stand vornehmlich unter dem Eindruck der Wirtschaftsreformen der Tschechoslowakei. Prof. Šik berichtete über die von ihm inspirierten Reformen ausführlich in seinem Referat und nahm dann, unterstützt von den anderen tschechischen Tagungsteilnehmern, in freier Rede mehrmals darauf Bezug, wobei er die Gründe, die in der Tschechoslowakei eine Änderung des Wirtschaftskurses erzwingen, durch verschiedene Beispiele belegte.

Aus der Debatte schälten sich dabei jene verschiedenen Konzeptionen heraus, von denen sich die einzelnen Oststaaten in ihrer Wirtschaftspolitik leiten lassen. Polen hat die größten Schwierigkeiten, Arbeitsplätze für seine rasch wachsende Bevölkerung zu schaffen. Es erscheint in Polen sinnlos, zu diesem Zweck mit großem technischen und finanziellen Aufwand eine Rationalisierung vorzunehmen, die Arbeitskräfte freisetzen würde. Andererseits will man den Anschluß an den technischen Fortschritt doch nicht versäumen.

Für die ČSSR stellt sich das Problem gerade umgekehrt: Die Arbeitskräfte sind knapp geworden und können auch wegen Überalterung und ungenügender Mechanisierung nicht aus der Landwirtschaft abgezogen werden. Ihr Einsatz in der Industrie ist aber auch wenig produktiv, da durch die bisherigen Methoden keine intensive Arbeit erzielt werden konnte. Es gilt daher, aus dem Stadium der bloß extensiven Ausnützung der vorhandenen industriellen Kapazitäten (oder deren unüberlegter Erweiterung) zur Intensivierung der Wirtschaft zu kommen, d. h. zu einer allgemein höheren Leistung, um so nicht die Produktion um ihrer selbst willen, sondern das Volkseinkommen zu steigern. Aus dem höheren Volkseinkommen sollen nicht nur die für den technischen Fortschritt nötigen Investitionen, sondern auch jene materiellen Anreize finanziert werden, welche bei den Werktätigen die Erzielung besserer Leistungen bewirken sollen.

Einmütig betonten die tschechischen Sprecher, daß ihre Wirtschaft in eine schwierige Lage geraten ist, obwohl man bereits in den Jahren 1957/58 versucht hatte, sie zu beseitigen. Mit den damals durchgeführten Reorganisationsmaßnahmen habe man jedoch schlechte Erfahrungen gemacht. Dies wird nun von Šik damit begründet, daß die Reformen auf halbem Weg stehen geblieben sind. Die sogenannten Normativen, durch die ein Interesse an einer realen Planaufstellung bei den Betrieben geschaffen werden sollte — man wollte den Betrieben, welche sich zur Festlegung höherer Pläne verpflichteten, größere Prämien zahlen, um ihr materielles Interesse zu wecken —, haben sich nicht bewährt. Deswegen sind die Tschechen auch skeptisch gegenüber den Reformbemühungen in anderen Oststaaten, die nur mit „ökonomischen Hebeln“ eine Verbesserung der Wirtschaftsführung herbeiführen wollen (Mitteldeutschland!), während sie selbst wieder der Kritik von seiten dieser weniger fortschrittlichen Staaten ausgesetzt sind.

Heute sind die Tschechen davon überzeugt, daß sie 1957/58 deswegen scheiterten, weil sie die alten Formen der Planung bestehen ließen, nichts am Preissystem änderten, so daß, wie sich Šik ausdrückte, das Alte das Neue erstickte. Es kam sehr rasch zu einer Reaktion. Die Schwierigkeiten sollten dann durch eine schärfere Zentralisierung behoben werden, wodurch die Lage nur noch ärger wurde. Der Produktionszuwachs verlangsamte sich, ja das Volkseinkommen wuchs überhaupt nicht mehr, die Produktionskosten stiegen an und die Lage im Außenhandel wurde immer schwieriger. Somit hörte man wieder auf die Stimmen jener, welche nicht die Dezentralisierung, sondern ihre inkonsequente Durchführung für die Malaise in der tschechischen Wirtschaft verantwortlich machten.

Es ist unschwer, aus dieser historischen Analyse der Entwicklung, wie sie vom Ökonomischen Institut der Akademie der Wissenschaften angestellt wurde, Rückschlüsse auf die treibenden Kräfte innerhalb der tschechischen Wirtschaft anzustellen. Auch wenn die tschechischen Referenten dies nicht aussprachen, so war es doch klar erkennbar, daß das Schwanken zwischen den einzelnen Wirtschaftsauffassungen letzten Endes durch das Ringen zwischen den alten, konservativen, im Geiste Stalins erzogenen und noch immer an der Macht befindlichen Gruppen und den Neuerern bedingt ist, die teils von den Stalinisten zu Beginn der fünfziger Jahre verdrängt wurden, teils der inzwischen nachgewachsenen Generation angehören und nun Einfluß fordern.

Der neue Grundgedanke der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform besteht in der Ausnützung des Marktmechanismus innerhalb eines neugefaßten Begriffes der sozialistischen Planung. Im alten System der Leitung konnte der Marktmechanismus nicht funktionieren, obwohl man im Prinzip schon bisher von seiner Anwendung sprach. Bei wirklichen Marktbeziehungen wäre es aber nicht möglich gewesen, daß die Abnehmer, wie dies tatsächlich in den sozialistischen Staaten geschah (und noch immer geschieht!), gezwungen werden, Waren abzunehmen, welche sie nicht brauchten, die aber nach dem Plan produziert wurden. Das administrative System setzte auch, zum Teil nach sehr subjektiven Bewertungen, Preise fest, die nichts mit den Wertrelationen zu tun hatten und die Widersprüche zwischen Angebot und Nachfrage nicht lösen konnten. So gibt es Betriebe, die ohne ihr Zutun einen Gewinn erzielen, während andere Betriebe Verluste aufweisen, ohne etwas dafür zu können.

Außerdem haben die Betriebe Einnahmen aus ihrer Produktion, die nicht aus der wirklichen Verwertung der Waren durch Verkauf stammen. Unter Marktbedingungen müßte aber das Einkommen der Betriebe von ihrem Verkaufserfolg abhängen, wodurch sie gezwungen wären, die Interessen der Konsumenten zu respektieren und danach zu handeln. Die Leitung und die Belegschaft der Betriebe bekamen aber ihre Löhne auf Grund der Planerfüllung ausgezahlt, obwohl oft Waren liegen blieben, die nicht verkauft werden konnten oder unter den Selbstkosten verkauft wurden. Daher fragten die Betriebe überhaupt nicht, was mit den produzierten Waren geschah, und sie

waren an den Produktionskosten, am Materialverbrauch und an der Höhe der erforderlichen Investitionsmittel uninteressiert. Ja das alte System forderte sogar zu höherem Materialverbrauch und zu unnützen Investitionen heraus. Wenn also die Marktverhältnisse und die sogenannten Warenbeziehungen ausgenützt werden sollen, so muß es zu einer Änderung der Produktions- und Abnahmebedingungen kommen, was unter den jetzigen Formen der Planung nicht möglich wäre.

Diese wird von Prof. Šik als Präferenzleitung charakterisiert, wonach nämlich aus gewissen Gründen die Produktion bestimmter Produkte oder die vorrangige Entwicklung einzelner Industriezweige durch ein zentrales Machtorgan angeordnet und verwirklicht wird. Eine solche Leitung und Planung der Wirtschaft wurde bisher als typisch sozialistisch angesehen, obwohl sich verständlicherweise auch das sogenannte kapitalistische System ihrer in Not- und Kriegszeiten bedienen muß. Es ist auch klar, daß eine solche Präferenzleitung in gewissen Stadien der sozialistischen Wirtschaft sich bewähren kann und das einzig richtige ist. (Damit stimmen auch die Jugoslawen überein, die einen ganzen Katalog jener Fälle aufzählten, in denen der Staat in ihrem System die Zielsetzungen vorzuschreiben hat.)

Wenn aber die Präferenzleitung verabsolutiert und als einzige, gesetzmäßige Form der Planung und Leitung ausgegeben wird, dann entstehen, wie das Beispiel der ČSSR zeigt, schwerwiegende Probleme. Ja Prof. Šik deutete sogar an, daß eine historische Untersuchung die Notwendigkeit oder wenigstens das Ausmaß der Präferenzleitung der vergangenen Jahre in der ČSSR anzweifeln könnte. Jedenfalls führte diese Form der Planung und Leitung in der ČSSR zu großen Fehlern und Nachteilen, weil es durch Mißachtung der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit zu einer Störung sehr wichtiger Proportionen in der Wirtschaft kommt. Die Erzeugung neuer Güter wird nämlich zu langsam aufgenommen, das Sortiment verengt sich und der technische Fortschritt wird gehemmt. In der Wirtschaft eines industriell so entwickelten Landes mit ungeheuer fortschreitender Arbeitsteilung, in der es so komplizierte ökonomische Zusammenhänge gibt wie in der ČSSR, ist es einfach nicht möglich, alle diese Zusammenhänge einem zentralen Leitungssystem zu unterstellen und zu respektieren. Das höchste Wachstumstempo kann auf die Dauer nicht durch einseitige Präferenz einer oder einiger Wirtschaftszweige gesichert werden. Vielmehr ist die Respektierung aller notwendigen Seiten der Entwicklung wichtig, um zu einer optimalen Struktur zu kommen. Man kommt mit den bisherigen Methoden zu dem Ergebnis, daß die Produktion um ihrer selbst willen entwickelt wurde, ohne daß das Wachstum der Gesamtwirtschaft gesichert war.

Aus all diesen Gründen soll der Plan geändert werden und zwar sowohl die Planaufstellung wie auch sein Charakter, indem sich die Planung nur mehr auf makroökonomische Größen beschränkt. Allerdings gibt Prof. Šik zu, daß er und seine Mitarbeiter darüber zwar bereits einige Vorstellungen haben, die auch schon offiziell angenommen wurden, aber von der Vorstellung zur Realisierung ist noch ein weiter Weg. (Soweit bisher bekannt, er-

folgt auch die Planaufstellung 1966 im wesentlichen noch nach den alten Grundsätzen.) Künftig soll sich der Plan auf Grund tiefgreifender Analysen mit der voraussichtlichen Nachfragestruktur beschäftigen — das sind übrigens Überlegungen, die sich offenbar an den Planungszielen der französischen Planification orientieren, die von der „demande finale“ ausgeht.

Es wird aber auch notwendig sein, den Außenhandel mit einzubeziehen, wozu es einer neuen Beurteilung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten bedarf. Die makroökonomischen Vorstellungen, welche im Plan ihren Niederschlag finden, sollen den Betrieben einen ungefähren Rahmen dessen geben, was von ihnen erwartet wird, wie hoch die Zahl der insgesamt bereitstehenden Arbeitskräfte und Investitionsmittel sein wird, damit die Betriebe selbst verschiedene Varianten ihrer eigenen künftigen Wirtschaftsentwicklung zur Auswahl aufstellen können. Die Effektivität der Investitionen kann nur einer der Gesichtspunkte sein, da auch die anderen Fragen der Grundstruktur berücksichtigt werden müssen. Auf Grund der Vorschlagsvarianten der Betriebe sollen dann in mehrfachem Wechsel zwischen den Zentralstellen und den Betrieben die bestmöglichen Formen eines Planes aufgestellt werden, die sich einem Optimum nähern.

Da sich gezeigt hat, daß bisher nur die Jahrespläne konkret aufgestellt wurden, durch sie aber die Grundstrukturen der Wirtschaft nicht verändert werden können, so soll künftig die zentrale Planung langfristig, also mindestens für fünf Jahre, aufgestellt werden, wozu noch längerfristige Prognosen (etwa auf 15 Jahre) kommen sollen. Jahrespläne sollen nurmehr von den Betrieben festgelegt werden, die sie aber zwecks Kontrolle nach oben weiterzugeben haben, ob sie wirklich mit dem Fünfjahrplan übereinstimmen. Eine administrative Änderung der Betriebspläne von oben ist jedoch nicht vorgesehen, nur eine Beratung und Einflußnahme.

Die Anwendung der Marktbeziehungen, die Einführung teilweise frei gebildeter Preise und die Förderung der Konkurrenz zwischen den Betrieben bedeutet, wie Prof. Šik betonte, keineswegs die Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaft. Spekulationen darauf seien völlig unangebracht, da sich an der Struktur der sozialistischen Wirtschaft nichts ändert, auch wenn der Staat die direkten Anweisungen und Produktionsauflagen beschränkt.

In den der Gösinger Tagung vorgelegten Thesen führte Šik weiter über die geplanten Reformen aus: „Quantitative Kennziffern, die in volkswirtschaftlichen Plänen alle Seiten der Entwicklung und die inneren Zusammenhänge der künftigen Entwicklung bestimmen, können nur als Ziffern betrachtet werden, die eine Rahmen- und Orientierungsbedeutung haben und mit den unumgänglichen Reserven rechnen müssen. Der Versuch, sie als streng kontrollierte Produktionsaufgaben anzusehen, macht eine optimale Produktionsentwicklung und eine elastische Anpassung der Produktion an die sich schnell ändernden konkreten Produktionsbedingungen unmöglich.

Zentrale direktive Produktionsaufgaben sollten nur in den Fällen angewandt werden, wo die Erzeugung bestimmter Produkte nicht durch ökonomische

Stimuli gewährleistet werden kann und unter solchen Bedingungen, daß eine optimale Entwicklung nicht unmöglich wird.

In der CSSR werden 3 Gruppen der Investitionstätigkeit existieren. Die größten und wichtigsten neuen Anlagen werden im 5-Jahrplan namentlich einbezogen werden und unwiderbringlich finanziert sein. Die bedeutendsten Modernisierungs- und Rekonstruktionsaktionen der Zweige werden auf Grund ausgewählter effektivster Vorschläge der Betriebe als Zweiginvestitionen in den 5-Jahrplan eingegliedert werden. Kleinere Erneuerungs- und Rationalisierungsinvestitionen werden langfristig nicht geplant werden.

Die konkrete Produktionstätigkeit innerhalb des planmäßig bestimmten Rahmens und auf Grund der planmäßig geschaffenen Produktionskapazität müssen die Leitungsorgane der Betriebe festsetzen, die unmittelbar mit der Produktion verbunden sind.

Bei konsequenter Ausnutzung der Marktbeziehungen sind die Produzenten gezwungen, die tatsächlich optimale Produktionsentwicklung zu verfolgen, da ihre Einkommen, von denen allein der Entgelt für ihre Arbeit bestritten werden kann, sich langfristig am schnellsten bei einer optimalen Entfaltung der Produktion entwickeln, wogegen die Einkommen bei einer einseitigen, vom Optimum abweichenden Entwicklung der Produktion langsamer anwachsen, beziehungsweise sinken.

Sollen die Marktbeziehungen eine optimale Entwicklung der Produktion anregen, dann müssen sich vor allem die Preise der Waren in tatsächlich ökonomischer Weise entwickeln.

Eine ökonomische Preisentwicklung kann kein zentrales Leitungsorgan allein sichern, und zwar nicht nur wegen Erkenntnisschwierigkeiten und Unelastizität, sondern auch deshalb, weil dieses Organ die wechselseitige Interesseneinwirkung der Lieferanten und Abnehmer nicht ersetzen kann, wobei eine derartige Wechselwirkung sich auch in gegenseitigen Preisabkommen zeigen muß. Das zentrale Leitungsorgan muß Grenzen der Preisbewegung (Limite), eventuell einige bedeutendste Preise, die Grundregeln der Preisbildung sowie die Grundrichtung der Preisentwicklung (Preispolitik) so bestimmen, daß Angebot und Nachfrage von Waren in Einklang gebracht werden.

Um in den Betrieben das Interesse an einer effektiven Ausnutzung der Produktionsmittel zu fördern, muß der Staat von den Betriebseinkommen noch spezielle Abgaben von den Produktionsmitteln einheben, die nach einem Prozentsatz von dem Wert der Produktionsgrundfonds berechnet werden. Je besser der Betrieb mit seinen Grundfonds wirtschaftet, umso weniger gibt er von seinem Einkommen relativ ab und umso mehr verbleibt folglich für den Lohnfonds.

Um der Gefahr einer Monopolstellung der Betriebe und dem Entstehen eines Verkäufermarktes entgegenzutreten, müssen verschiedene Formen von Wettbewerb ausgenutzt werden. Es geht hier sowohl um einen Binnenwettbewerb zwischen verschiedenen sozialistischen Betrieben desselben Zweiges, als auch um die Ausnutzung der Einfuhr als Druckmittel auf zurückbleibende Inlandsproduzenten.

Die Anwendung der Marktbeziehungen zwischen sozialistischen Betrieben führt nicht zur Erneuerung der kapitalistischen Wirtschaft, sondern sie gewährleistet eine schnellere, wirtschaftlichere, proportionellere und technisch fortschrittlichere Entwicklung der sozialistischen Produktion und folglich auch ein beschleunigtes und gleichmäßigeres Wachstum des Verbrauchs und des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung.“

Einen wesentlichen Anteil an der Neuordnung des Wirtschaftssystems wird die Reorganisation des Finanz- und Kreditwesens haben. Man will nämlich die Wirtschaft, die nicht mehr unmittelbar von oben geleitet wird, über das Finanzwesen aktiv beeinflussen. Die zentrale Verteilung der Geldmittel soll die Durchsetzung der geplanten Strukturveränderungen erleichtern und zur Lösung der Differenzen zwischen Angebot und Nachfrage beitragen. Der Staatshaushalt wird aber auch weiterhin die wichtigste Finanzierungsquelle bleiben, von dem die sogenannten namentlichen Investitionen finanziert werden.

Neben dem Staatshaushalt wird die wachsende Bedeutung des Banksystems unterstrichen, das auch weiterhin als einheitliches Bank- und Kreditsystem zur Sicherung der Erfordernisse der Wirtschaft und der Geld- und Währungsstabilität aufgebaut wird. Die tschechoslowakische Staatsbank soll das einzige Emissions- und Kreditzentrum bleiben, wenn auch das Netz der Sparkassen ausgebaut wird. Organisatorisch treten also wenig Änderungen ein, sie zeigen sich vielmehr in der Art der Einwirkung des Finanzapparates auf die Produktionsbetriebe.

Die Finanzpolitik soll sich nicht blind den Planaufgaben unterordnen, sondern so gelenkt werden, daß eine Erreichung der Planziele durch einen optimalen Einsatz der Mittel ermöglicht wird. Es genügt künftig nicht, wie Suchan erklärte, daß eine Finanzierungsaufgabe im Plan festgelegt ist. Die Bank wird vielmehr fordern, daß die Betriebe jene Variante auswählen, bei der mit einem Aufwandsminimum ein Ertragsmaximum erzielt wird. Ein Teil der Investitionen soll aus den eigenen Mitteln der Betriebe selbst finanziert werden, so daß also den Betrieben eine gewisse Entscheidungsfreiheit, je nach den Markterfordernissen, in der Investitionspolitik bleibt. Dies setzt die Belassung entsprechender Eigenmittel bei den Betrieben voraus.

„Das neue ökonomische Leitungssystem soll die Betriebe selbst an einem optimalen Stand ihrer Vorräte interessieren. Zu diesem Zweck sollen den Betrieben ihre bisherigen Umlaufmittel größtenteils abgeschöpft und durch einen Bankkredit ersetzt werden. Kriterium für die Kreditgewährung wird dann nicht der Planbestand (und Überplanbestand) der Vorräte, sondern der wirkliche Bedarf der Betriebe bilden.

Der Steigerung der Effektivität der Verteilung der Kreditmittel sollen die einheitlich festgesetzten Zinssätze dienen. Die Zinssätze sollen zwar nach den einzelnen Arten von Krediten (Investitions-, Betriebskredite, langfristige, kurzfristige Kredite u. ä.) differenziert werden, für jeden solchen Abschnitt soll aber der Zinssatz gleich sein und desgleichen sollen einheitliche und festumrissene Kreditbedingungen bestehen.

In den Grundsätzen des neuen Systems steht auch, die Bank müsse das Recht und die Möglichkeit zur Ablehnung eines Kredits haben, sie darf aber Kredite für Löhne nicht ablehnen. Die sog. verbürgten Löhne müssen unter allen Umständen zur Auszahlung gelangen, also auch dann, wenn der Betrieb sie mit seinem Einkommen nicht deckt. Das heißt allerdings nicht, daß dieser Kredit automatisch, ohne jedwede Bedingungen gewährt werden soll. Ein solcher Kredit wird kurzfristig sein und muß alle Organe des Betriebs und außerhalb des Betriebes zur Behebung des Mangels aufrütteln. Das neue ökonomische System und sein Mechanismus der materiellen Interessiertheit basiert auf der unabdingbaren Voraussetzung, daß der Betrieb finanziell aktiv ist und darüber hinaus einen Teil des Bruttoeinkommens an die Gesellschaft abführen muß.“ Soweit die Hauptthesen des Referates Suchans.

Die neuen Methoden der tschechoslowakischen Wirtschaftsführung werden sich also nach außen hin viel mehr in der gewonnenen Entscheidungsfreiheit der Betriebe bei den Investitionen und bei der Auswahl der verfolgten Produktionen zeigen als im Wegfall der von ihnen geforderten Einhaltung von Indexpunkten und deren Meldung. Wird das Wirtschaftssystem von der Bevormundung durch den Staat befreit, so besteht allerdings die Gefahr, daß nun das Bankensystem omnipotent und verbürokratisiert wird, wodurch es nur zur Verlagerung der Kompetenzen käme. Dies ist ein Problem, mit dem man sich in der CSSR anscheinend noch nicht genügend beschäftigt hat, obwohl die jugoslawischen Referenten in Gössing wegen ihrer schlechten Erfahrungen vor der Bürokratisierung der Banken warnten.

Es ist kein Zweifel, daß die Tschechoslowakei bahnbrechend in der Übernahme neuer Wirtschaftsformen im ganzen Ostblock geworden ist, wobei jedoch auffällt, daß sie sich in der Anwendung mathematischer Methoden zurückhält. Dies ist nicht zuletzt die Folge eines jahrelangen Rückstandes. Man hat aber auch den Eindruck, daß die tschechischen Wirtschaftsplaner sich der Grenzen der mathematischen Methoden bewußt sind. Man fragt sich, ob sie jene Grenzen in Rechnung gestellt haben, die grundlegenden ökonomischen und organisatorischen Reformen in einem System gesetzt sind, dessen führende Spitze die Veränderung nicht mitmacht und dessen Kader jahrelang in einem Sinn geschult wurden, der den neuen Anforderungen nicht entspricht, ja sein gerades Gegenteil ist.